

## **Beim Stiefkind der Jugendhilfe wird mal wieder gekürzt**

Die Rahmenzuweisung für die Bereiche Offene Kinder- und Jugendarbeit, Familienförderung und Jugendsozialarbeit ist seit Jahren nicht auskömmlich, d. h. die Angebote in den bestehenden Einrichtungen im Bezirk Altona konnten schon mit den zugewiesenen Geldern seit 2012 nicht mehr bedarfsgerecht gedeckt werden. Die damals beschlossene Schuldenbremse und die einmalige Kürzung um 10,2% haben seitdem eine jährliche Unterdeckung von ca. 350.000,00 € im Bereich der Altonaer Kinder- und Jugendhilfe hinterlassen. Diese Finanzierungslücke taucht jedes Jahr wieder auf und konnte in den letzten Jahren zwar kreativ, aber nur notdürftig mit Umschichtungen und Restmitteln gedeckt werden.

Die angekündigte Aufstockung der zu erwartenden Tarifsteigerungen (bei Anerkennung der Tarifautonomie eine Selbstverständlichkeit) sind dringend notwendig, kommt jedoch den finanziellen Notwendigkeiten in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe nicht nach. Dies ermöglicht lediglich, Personal in der Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu halten und somit bestehende Projekte sowie die Infrastruktur aufrecht zu erhalten. Die starke Belastung des Personals aufgrund von knappen Ressourcen und stetig steigenden Kosten werden hiermit nicht aufgehoben. Es besteht die Gefahr, dass wichtige Einrichtungen der OKJA und der Familienhilfe in Hamburg-Altona nicht mehr weiterarbeiten können.

Hamburg-Altona ist ein stark wachsender Bezirk (Neue Mitte Altona, Rissen, Bahrenfeld, Holstenquartier). Jedes Jahr ziehen viele weitere Familien in den Bezirk, deren Kinder Räume für ihre freie Entfaltung und für eine attraktive, ihren Bedürfnissen gerecht werdende Freizeitgestaltung benötigen. Die pädagogische Infrastruktur ist in den oben genannten Bereichen nicht adäquat mitgewachsen und entspricht kaum noch den Anforderungen des wachsenden Bezirks. Um auch diesen Kindern in ihrem (neuen) Umfeld soziale Anknüpfungspunkte und kreative Beschäftigungsmöglichkeiten außerhalb des schulischen Kontextes zu ermöglichen, ist es notwendig, stabile und vielfältige Angebote der OKJA zu erhalten und weitere zu schaffen. Unbedingt notwendig ist es außerdem, Eltern einen Raum zu bieten, in dem sie ihre Fragen und Probleme ansprechen und kostengünstige Angebote wahrnehmen können, die sie sich sonst teilweise überhaupt nicht leisten können.

Im Grunde sind sich im Jugendhilfeausschuss Altona alle Parteien und die gewählten VertreterInnen der freien Träger darüber einig, dass die Rahmenzuweisung erhöht werden muss und es zu keinen Schließungen von Einrichtungen kommen darf. Doch als DIE LINKE Nägel mit Köpfen machen wollte und einen Antrag einbrachte, der die Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI) auffordern soll, die Rahmenzuweisung für die Bereiche der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, der Familienförderung und der Jugendsozialarbeit auf das Niveau von 2012 zu erhöhen und alle Tariflohnsteigerungen ebenfalls in der Rahmenzuweisung zu berücksichtigen, zierten sich plötzlich die SozialdemokratInnen. Ihnen war wohl zu Bewusstsein gekommen, dass sie sich gegen die eigenen ParteigenossInnen im Senat und in der Bürgerschaft stellen müssten, sollten sie zustimmen. Außerdem zeichnete sich schon vor einer möglichen Abstimmung die drohende Zustimmung fast aller stimmberechtigten Mitglieder des Ausschusses ab. Also nutzten sie einen parlamentarischen Trick und machten einen Beratungsbedarf geltend, um es nicht zur Abstimmung kommen zu lassen. Nun werden wir im Juli einen erneuten Anlauf nehmen. Leider steht für 2019 und 2020 zur Befürchtung, dass landesweit nur wenige hunderttausend Euro mehr in die Rahmenzuweisung fließen

werden, zu wenig, um die chronische Unterfinanzierung der OKJA aufzufangen. Ein Tropfen auf dem heißen Stein. Denn schon vor den rabiaten Kürzungen vor sechs Jahren um 10,2% stand diesem Jugendhilfebereich das Wasser bis zum Hals.  
Klaus Peter Berndt und Volker Vödisch